

Abhandlungen zum Deutschen und Europäischen
Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

Band 297

Die Online-Gründung von Kapitalgesellschaften nach dem DiRUG und DiREG

Eine Analyse de lege lata und de lege ferenda

Von

Tina Neugebauer



Duncker & Humblot · Berlin

TINA NEUGEBAUER

Die Online-Gründung von Kapitalgesellschaften
nach dem DiRUG und DiREG

Abhandlungen zum Deutschen und Europäischen Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

Herausgegeben von

Professor Dr. Holger Fleischer, LL.M., Hamburg

Professor Dr. Jens Koch, Köln

Professor Dr. Hanno Merkt, LL.M., Freiburg

Professor Dr. Gerald Spindler †

Band 297

Die Online-Gründung von Kapitalgesellschaften nach dem DiRUG und DiREG

Eine Analyse de lege lata und de lege ferenda

Von

Tina Neugebauer



Duncker & Humblot · Berlin

Der Fachbereich Rechtswissenschaften der Philipps-Universität Marburg
hat diese Arbeit im Jahr 2025 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten

© 2026 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Satz: 3w+p GmbH, Rimpf

Druck: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

ISSN 1614-7626

ISBN 978-3-428-19709-5 (Print)

ISBN 978-3-428-59709-3 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,
12165 Berlin, Germany | E-Mail: info@duncker-humblot.de
Internet: <https://www.duncker-humblot.de>

Für meine Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand während meiner Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Rechtsanwältin bei der Kanzlei Noerr in Düsseldorf und wurde im Sommersemester 2025 vom Fachbereich Rechtswissenschaften der Philipps-Universität Marburg als Dissertation angenommen. Nachdem die Arbeit im April 2024 eingereicht wurde, fand zur Drucklegung eine umfassende Aktualisierung statt, bei der Gesetzgebung, Rechtsprechung, Literatur und statistische Daten bis einschließlich Juli 2025 berücksichtigt werden konnten.

Mein erster Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Florian Möslin, LL.M. (London), für die Übernahme der Betreuung und das mir entgegengebrachte Vertrauen bei der Erstellung dieser Arbeit. Herrn Professor Dr. Sebastian Omlor, LL.M. (NYU), LL.M. Eur. danke ich herzlich für die äußerst zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Mein tiefster Dank gebührt meinen Eltern für ihre bedingungslose Liebe, Förderung und Unterstützung, auf die ich während meiner gesamten juristischen Ausbildung blind vertrauen konnte und auf die ich auch heute in jeder Hinsicht bauen kann. Ihnen, die meine Entscheidungen stets mitgetragen haben und mich in der Verwirklichung meiner Ziele und Träume immer unterstützen, ist dieses Werk gewidmet.

Von ganzem Herzen danke ich zudem meinem Verlobten, Stephan Kunkel, der dieses Projekt in jeder Phase mit bemerkenswerter Geduld, Zuversicht und bedingungsloser Unterstützung begleitet hat. Sein unermüdlicher Rückhalt, sein Verständnis und sein Glaube an das Gelingen dieser Arbeit haben mich durch alle Höhen und Herausforderungen getragen – ohne Dich wäre diese Arbeit nicht entstanden!

Besonderer Dank gilt darüber hinaus meinem langjährigen Studienfreund, Dr. Thomas Pelikan, LL.M. (Bristol), für seine wertvollen Anregungen und die sorgfältige Durchsicht des gesamten Manuskripts. Ebenso danke ich meiner Familie und all meinen Freundinnen und Freunden, die auf unterschiedliche Art und Weise zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben und die in den letzten Jahren leider allzu oft auf mich verzichten mussten, aber immer Verständnis hatten und hinter mir standen.

Düsseldorf, im November 2025

Tina Neugebauer

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	31
A. Gegenstand der Untersuchung	33
B. Gang der Untersuchung	34
<i>Kapitel 1</i>	
Grundlagen	36
§ 1 Der Begriff der Online-Gründung	36
§ 2 Der Weg von der SPE zum DiRUG und DiREG – Europarechtliche Hintergründe und Entwicklungsgeschichte der Online-Gründung	39
A. Rechtslage quo ante und rechtspolitische Hintergründe in der EU	40
I. Rechtslage quo ante in der EU	40
II. Rechtspolitische Hintergründe und Digitalisierungsziele der EU	41
B. Erste Digitalisierungsbestrebungen im unionalen Gesellschaftsrecht – Die Projekte der SPE und SUP als Fundament der DigiRL	43
I. Das Projekt der Europäischen Privatgesellschaft – SPE	43
1. Kontext und Ziele des SPE-Vorschlags	43
2. Grundzüge der SPE nach dem SPE-Vorschlag	45
a) Allgemeines	45
b) Gründungsmodalitäten im SPE-Vorschlag	45
3. Von der SPE zur SUP	46
II. Das Projekt der Europäischen Einpersonengesellschaft – SUP	48
1. Konzeption und Ziele der SUP	48
2. Grundzüge der SUP nach dem SUP-Vorschlag	50
a) Allgemeines	50
b) Die SUP-Online-Gründung	51
3. Von der SUP zum Company Law Package	52
C. Das EU-Company Law Package 2018	53
I. Überblick	53
II. Die DigiRL als EU-Rechtsrahmen der Online-Gründung	55
1. Konzeption und rechtliche Grundlagen	56
a) Leitmotive und Regelungsziele	56

b) Unionsrechtskonformität	57
aa) Richtlinienkompetenz, Rechtsgrundlage	57
(1) Rückgriff auf Niederlassungsfreiheit erfordert grenzüberschreitenden Bezug	58
(2) Stellungnahme	59
bb) Subsidiarität	61
cc) Verhältnismäßigkeit	61
dd) Zwischenergebnis	62
c) Regelungstechnik und Systematik	62
d) Gesetzgebungsprozess	63
e) Umsetzungsfrist	65
2. Übersicht der Regelungsschwerpunkte	65
a) Online-Gründung von Kapitalgesellschaften	65
b) Online-Einreichung von Gesellschaftsunterlagen	68
c) Neugestaltung des Offenlegungskonzept und der Registerpublizität	69
d) Weiterer Ausbau der Registervernetzung	70
e) Disqualifikation von Geschäftsführern	71
f) Korrespondierende Online-Konzepte für Zweigniederlassungen	72
3. Zusammenfassung	72
D. Das Gesetz zur Umsetzung der Digitalisierungsrichtlinie (DiRUG)	73
I. Zielsetzung und Intention des Gesetzgebers	73
II. Nationales Gesetzgebungsverfahren	75
III. Inkrafttreten	78
IV. Überblick über die wesentlichen Neuregelungen	79
1. Online-Gründung der GmbH	79
2. Online-Verfahren für Registereintragungen und -einreichungen	81
3. Neugestaltung des Offenlegungskonzepts und der Registerpublizität ...	82
4. Weiterer Ausbau der Registervernetzung	84
5. Informationsaustausch zu disqualifizierten Personen über das BRIS ...	85
6. Korrespondierende Online-Verfahren für Zweigniederlassungen	86
E. Das Gesetz zur Ergänzung der Regelungen zur Umsetzung der DigiRL und zur Änderung weiterer Vorschriften (DiREG)	86
I. Hintergrund und Intention des Gesetzgebers	86
II. Nationales Gesetzgebungsverfahren	89
III. Dreistufiges Inkrafttreten	91
IV. Überblick über die zentralen Neuerungen	91
1. Ausweitung des Online-Beglaubigungsverfahrens	92
a) Erweiterung des zulässigen Personenkreises für Registeranmeldungen	92
b) Anmeldungen zum Genossenschafts-, Partnerschafts- und Vereinsregister	92

c) Übernahmeerklärungen im Rahmen von Kapitalerhöhungen	93
2. Ausweitung des Online-Beurkundungsverfahrens	93
a) Erweiterte Möglichkeiten bei der Online-GmbH-Gründung	94
aa) Online-GmbH-Sachgründung	94
bb) Online-Beurkundung von Gründungsvollmachten	94
cc) Mitbeurkundung nicht beurkundungsbedürftiger Erklärungen und Beschlüsse	95
dd) Gesellschaftsvertragliche Abtretungsverpflichtungen	95
b) Digitale Möglichkeiten im weiteren Lebenszyklus der GmbH	95
aa) Online-Beurkundung einstimmiger satzungsfördernder Beschlüs- se	95
bb) Digitale Kapitalmaßnahmen	96
3. Inhaltliche Erweiterung des Videokommunikationssystems	96
4. Ausweitung zulässiger Identifizierungsmittel auf EWR-Staaten	97
5. Einführung der virtuellen GmbH-Gesellschafterversammlung	97
F. Zusammenfassung	97

Kapitel 2

Das konventionelle Gründungs-, Beurkundungs- und Registerverfahren von Kapitalgesellschaften 99

§ 3 Das deutsche System der vorsorgenden Rechtspflege im Gründungsrecht der Kapitalgesellschaften	99
A. Das System der vorsorgenden Rechtspflege	100
I. Das deutsche Modell doppelter Präventivkontrolle – Ein Vier-Augen- Prinzip	101
II. Das anglo-amerikanische Gegenmodell	102
B. Die Aufgaben und Funktionen der vorsorgenden Rechtspflege im Präsenzgrün- dungsverfahren	103
I. Zwecke der Gründungsformvorschriften	103
1. Zwecke des Beurkundungserfordernisses	104
a) Klarstellungs- und Beratungsfunktion	104
b) Belehrungs- und Warnfunktion	105
c) Gewährsfunktion	106
d) Konsensuale Betreuung, Erhöhung der Vertragsgerechtigkeit	106
e) Beweis- und Publizitätsfunktion	107
f) Identitätsfeststellung und Geldwäscheprävention	107
g) Fiskalische Funktion: Sicherung des Steueraufkommens	108
h) Filter- und Gerichtsentlastungsfunktion, ökonomische Effizienz ...	108
2. Zwecke des Beglaubigungserfordernisses	109

II.	Zusammenspiel zwischen Notar und Registergericht	110
C.	Zusammenfassung	111
§ 4	Das „klassische“ deutsche Gründungs-, Beurkundungs- und Registerverfahren	112
A.	Die „klassische“ Präsenzgründung der GmbH	112
I.	Die „klassische“ GmbH-Gründung nach § 2 Abs. 1 GmbHG	113
1.	Errichtungsverfahren	113
a)	Abschluss des Gesellschaftsvertrages in notarieller Form	113
aa)	Umfang der Beurkundungspflicht	114
bb)	Vollmacht und Vertretung	115
b)	Bestellung der Geschäftsführer	116
c)	Aufbringung des Stammkapitals	116
aa)	Bargründung	116
bb)	Sachgründung	116
2.	Registerverfahren	117
a)	Anmeldung der Gesellschaft zum Handelsregister	117
b)	Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister	118
II.	Die Gründung im vereinfachten Verfahren nach § 2 Abs. 1a GmbHG	119
III.	Dauer und Kosten der Gründung	119
1.	Gründungsdauer	119
2.	Gründungskosten	120
B.	Die Gründung der AG	121
I.	Errichtungsverfahren	121
1.	Gründungsprotokoll	121
2.	Konstituierende Sitzung des Aufsichtsrats	122
3.	Leistung der Einlagen	122
a)	Bargründung	122
b)	Sachgründung	123
c)	Gemischte Bar- und Sachgründung	123
4.	Gründungsbericht durch Gründer	123
5.	Gründungsprüfung durch Vorstand und Aufsichtsrat	124
II.	Registerverfahren	124
1.	Handelsregisteranmeldung	124
2.	Handelsregistereintragung	124
C.	Die Gründung der KGaA	125
I.	Rechtsgrundlagen der KGaA	125
1.	Rechtsnatur und wesentliche Strukturmerkmale	125
2.	Anwendbares Recht	125
3.	Praktische Bedeutung	126
II.	Gründungsverfahren	126

D. Die Gründung der SE	127
I. Rechtsgrundlagen der SE	127
1. Rechtsnatur und wesentliche Strukturmerkmale	127
2. Rechtsrahmen	128
3. Praktische Bedeutung	128
II. Gründungsverfahren einer SE mit Sitz in Deutschland	129
1. Gründung einer SE durch Verschmelzung	129
2. Gründung einer Holding-SE	131
3. Gründung einer Tochter-SE	132
4. Formwechsel in die Rechtsform der SE	132
E. Zusammenfassung	133

Kapitel 3

Die Online-Gründung von Kapitalgesellschaften *de lege lata* 135

§ 5 Notarielle Zuständigkeit	136
A. Weiterentwicklung des Amtsbereichs- und Amtsbezirksprinzips	136
I. Hintergrund und gesetzgeberische Intention	136
II. Örtliche Zuständigkeitsregelung	138
1. Alternative Anknüpfungspunkte	138
2. Sonderfall: GmbH & Co. KG	140
3. Urkundstätigkeiten außerhalb des Amtsbereichs und Amtsbezirks	140
III. Rechtsfolgen bei Verstoß	141
IV. Zusammenfassung	141
V. Bewertung	142
1. Gesetzliche Transformation des Amtsbereichsprinzips in die digitale Welt	142
2. Ausgestaltung des notariellen Amtsbereichsprinzips im Online-Verfahren	143
B. Substitutionsmöglichkeit durch ausländische Online-Beurkundung	146
I. Grundsätze der Substitution inländischer Formerfordernisse	147
II. Fortgeltung des Gleichwertigkeitskriteriums im Online-Verfahren	148
1. Deutsches Recht lässt notarielle Online-Beurkundung nicht zu	149
2. Deutsches Recht lässt notarielle Online-Beurkundung zu	149
a) Vergleichbares Identifizierungsverfahren	149
b) Hoheitlicher Charakter des Beurkundungsverfahrens	151
3. Keine Substitutionsmöglichkeit im Präsenzverfahren	151
4. Andere Bewertung aufgrund OLG Celle-Beschluss geboten?	152
5. Entscheidung des Kammergerichts	153
III. Schlussfolgerungen für die notarielle Praxis	155

IV. Zusammenfassung	155
V. Bewertung	156
§ 6 Anwendungsbereich	158
A. Persönlicher Anwendungsbereich	158
I. Ein- und Mehrpersonengründungen	158
II. Natürliche und juristische Personen sowie rechtsfähige Personengesellschaften	159
III. Rechtsgeschäftlich Bevollmächtigte als Gründer, Vollmachtsgründung ...	160
IV. Keine Gründer aus Drittstaaten	161
V. Zusammenfassung	161
VI. Bewertung	162
1. Öffnung für Mehrpersonengründungen und (ausländische) juristische Personen	162
2. Faktischer Ausschluss von Drittstaatsangehörigen	163
B. Sachlicher Anwendungsbereich	163
I. Überblick	164
II. Beschränkung auf GmbH-Gründungen	165
III. Gründungsvarianten	167
1. Bargründung	167
2. Sachgründung	168
a) Grundsätzliches	168
b) Vorbehalt anderer Formvorschriften	168
c) Gesellschaftsvertragliche Abtretungsverpflichtungen	171
d) Exkurs: Verhältnis von Formvorschriften	172
aa) Kumulative Anwendbarkeit von § 2 Abs. 1, 3 und § 15 Abs. 4 Satz 1 GmbHG?	173
bb) Vorrang von § 2 Abs. 3 GmbHG gegenüber § 15 Abs. 4 Satz 1 GmbHG?	174
e) Bargründung mit Sachagio	176
f) Gemischte Beurkundung i. S. d. § 16e BeurkG als Lösungsmodell?	176
IV. Beurkundungsgegenstände	177
1. Gesellschaftsvertrag und Mantelurkunde	177
2. Gründungsvollmachten, Nachgenehmigungen	178
3. Sonstige, nicht beurkundungsbedürftige Willenserklärungen	180
4. Nicht beurkundungsbedürftige Gesellschafterbeschlüsse	181
5. Praxisrelevante Einzelfälle	182
a) Änderungen oder Ergänzungen des Gesellschaftsvertrages vor der Eintragung	182
b) Umwandlungsmaßnahmen	183
c) Unternehmensverträge	184
d) Handelsregisteranmeldungen	187

e) Gesellschaftsvertrag einer GmbH & Co. KG	189
V. Zusammenfassung	190
VI. Bewertung	192
1. Im Grundsatz zu begrüßende Entwicklung	192
a) Unbestimmte Formulierung in § 16a Abs. 1 BeurkG	193
b) Ausweitung auf Gründungsvollmachten und Nachgenehmigungen	193
c) Mitbeurkundung nicht formbedürftiger Willenserklärungen und Beschlüsse	194
d) Aufnahme von Geschäftsanteilsabtretungsverpflichtungen in den Gesellschaftsvertrag	196
e) Erweiterung auf GmbH-Sachgründungen	196
f) Weitgehende Beseitigung monierter Unstimmigkeiten	198
2. DiREG – Ein wichtiger, aber zu kleiner Schritt in die richtige Richtung	199
a) Formvorbehalt in § 2 Abs. 3 Satz 1 Hs. 1 GmbHG	199
b) Keine Öffnung für weitere Kapitalgesellschaften	200
c) Weiterhin unzulässige Regelungsgegenstände	201
C. Rechtsfolgen bei Überschreitung des Anwendungsbereichs	202
I. Fehlerhafter Gesellschaftsvertrag	202
1. Bis zur Eintragung	203
a) Vor Invollzugsetzung	203
b) Nach Invollzugsetzung	204
2. Nach der Eintragung	204
3. Einzelfälle	205
a) Überschneidung von zulässigen und unzulässigen Beurkundungsgegenständen	205
b) Formfreie Willenserklärungen und Beschlüsse	206
c) Verdeckte Sacheinlage	207
II. Fehlerhafte Gründungsvollmacht	207
III. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen für die Praxis	207
D. Wahlrecht der Beteiligten, Präsenzerfordernis nur im Ausnahmefall	208
I. Echtes Wahlrecht der Beteiligten im Anwendungsbereich der Online-Verfahren	208
II. Notarielle Amtspflicht zur Durchführung der Videobeurkundung	209
III. Ablehnungsrecht des Notars nur im Ausnahmefall	209
1. Vorgaben der DigiRL	210
2. Umsetzung in § 16a Abs. 2 BeurkG	210
a) Zwingende Ablehnungsgründe nach § 16a Abs. 2 BeurkG	211
aa) Keine Gewissheit über die Person eines Beteiligten	211
bb) Zweifel an der Rechtsfähigkeit eines Beteiligten	211
cc) Zweifel an der Geschäftsfähigkeit eines Beteiligten	212

b) Gewährleistung der Erfüllung der notariellen Amtspflichten im Üb- rigen	212
c) Dokumentation von Zweifeln als Alternative zur Ablehnung	213
3. Unionsrechtskonformität	213
4. Sonstige Einzelfragen	216
a) Verweisung auf die gemischte Beurkundung nach § 16e BeurkG als „Minus“	216
b) Erfüllung der Voraussetzung der (teilweisen) Präsenzbeurkundung	216
IV. Zusammenfassung	217
V. Bewertung	218
1. Willkommener Schutzmechanismus zur Kompensierung von Sicher- heitsrisiken	218
2. Restriktiver Umgang mit dem Ablehnungsrecht geboten	218
3. Gesetzliche Ausgestaltung des Präsenzvorbehalts	219
§ 7 Ausgestaltung des Online-Gründungsverfahrens	220
A. Grundlagen	220
I. Verweisungstechnik	220
II. Ablauf der reinen Online-Beurkundung im Überblick	221
B. Videokommunikationssystem und Online-Portal der Bundesnotarkammer	223
I. Videokommunikationssystem der Bundesnotarkammer	223
1. Obligatorische Nutzung und Betrieb im Wege der mittelbaren Staats- verwaltung	223
2. Verordnung über den Betrieb eines Videokommunikationssystems für notarielle Urkundstätigkeiten (NotViKoV)	223
3. Funktionen	224
a) Pflichtfunktionen	224
b) Fakultative Funktionen	224
4. Finanzierung durch Gebühren	225
5. Technische Zugangsberechtigung	225
II. Online-Portal der Bundesnotarkammer	226
1. Startseite und Information der Gründer	226
2. Registrierung per eID und Signaturerstellung	227
3. Notarauswahl und Erteilung des Beurkundungsauftrags	228
4. Kommunikation und Informationsaustausch im Vorfeld der Videobeur- kundung	229
III. Bewertung	230
1. Videokommunikationssystem als Medium für das Online-Gründungs- verfahren	230
2. Exklusivitätskompetenz der Bundesnotarkammer	230
3. Technologieoffene und innovationsfreundliche Konzeption der NotVi- KoV	232

4. Benutzerfreundlichkeit des Online-Portals der Bundesnotarkammer . . .	232
5. Möglichkeit der vollständig digitalen Durchführung der Online-Gründung	232
C. Technische Teilnahmevoraussetzungen	233
I. Auf Notarseite	233
II. Auf Beteiligenseite	234
III. Bei hinzugezogenen Personen und Dritten	234
IV. Bewertung	235
D. Identifizierung der Beteiligten	235
I. Zulässige Identifizierungsmittel und Ausweisdokumente	236
1. Deutsche Staatsangehörige	237
2. EU- und EWR-Staatsangehörige	238
3. Drittstaatsangehörige	239
4. Erleichterung bei dem Notar persönlich bekannten Beteiligten	239
II. Zweistufiges Identifizierungsverfahren	240
1. Erste Stufe: Identifizierung mittels eID	240
2. Zweite Stufe: Lichtbildabgleich	240
III. Unionsrechtskonformität	242
IV. Geldwäscherechtliche Identifizierungspflichten	244
V. Zusammenfassung	244
VI. Bewertung	245
1. Exklusivitätskompetenz des Notars	245
2. Ausgestaltung als zweistufiges Identifizierungsverfahrens	246
3. Anerkennung ausländischer Identifizierungsmittel	248
E. Gründung durch Bevollmächtigte, juristische Personen und Personengesellschaften	250
I. Vorlage von Existenz- und Vertretungsnachweisen	250
1. Vollmachtsgründung	250
2. Gründung durch juristische Personen und Personengesellschaften	252
II. Fiktion der Vollmachtsvorlage beim Notar gegenüber den anderen Beteiligten	253
III. Beifügen vorgelegter Nachweisurkunden zur elektronischen Niederschrift	253
IV. Bewertung	254
F. Digitales Beurkundungsverfahren	255
I. Technische Abwicklung der Videokommunikation	255
II. Ort der Verhandlung	256
III. Elektronische Gründungsniederschrift	256
1. Errichtung als elektronisches Dokument	257
2. Gegenstand	257
a) Verhandlung mittels Videokommunikation	257

b) Namenswiedergabe	257
3. Verlesung	257
a) Verlesung vom Bildschirm und Vornahme von Änderungen	257
b) Ausgewählte Einzelfälle	259
aa) Eingeschränkte Beifügungs- und Vorlesungspflicht, § 13a BeurkG	259
bb) Eingeschränkte Vorlesungspflicht bei Bestandsverzeichnissen, § 14 BeurkG	260
4. Elektronische Übermittlung zur Durchsicht	262
5. Unterzeichnung mittels qualifizierter elektronischer Signatur	263
a) Begriffsbestimmung	263
b) Voraussetzungen	264
aa) Elektronische Signatur	264
bb) Fortgeschrittene elektronische Signatur	264
cc) Weitere Sicherheitsanforderungen für qualifizierte elektronische Signatur	264
c) Verfahren	265
d) Erstellung der elektronischen Signatur durch die Beteiligten als Soll-Vorschrift	265
e) Rechtsfolge bei Fehlen der Signatur eines Beteiligten	266
f) Erstellung der Signatur durch weitere hinzugezogene Personen	267
IV. Elektronische Gründungsurkunde	267
V. Verfahrenswechsel im laufenden Beurkundungsverfahren	268
VI. Bewertung	268
1. Verlesung der Niederschrift vom Bildschirm	269
2. Qualifizierte elektronische Signatur als Unterschriftenersatz	269
3. Ausgestaltung der Signaturerstellung durch die Beteiligten als Soll-Vorschrift	270
4. Gesetzliche Fiktion der Urschrift und Verwahrung in der Urkundensammlung	270
G. Sonderfall: Gemischte Beurkundung	271
I. Statthaftigkeit	272
1. Eröffnung des sachlichen Anwendungsbereichs der reinen Online-Beurkundung	272
2. Mitwirkung hinzuzuziehender Personen und Dritter	272
II. Notarielle Zuständigkeit	274
III. Errichtung zweier inhaltsgleicher Niederschriften	274
1. Inhaltsgleichheit	274
a) Rechtsfolgen bei inhaltlichen Abweichungen	275
b) Umgang mit Vertretungsnachweisen	276
2. Verlesung, Umgang mit Änderungen	276

3. Vermerkplicht	279
4. Unterzeichnung der beiden Niederschriften	280
IV. (Technische) Ausgestaltung des gemischten Beurkundungsverfahrens	280
V. Verwahrung der Niederschriften	282
VI. Sonstige Einzelfragen	282
1. Ablehnungsrecht des Notars nach § 16a Abs. 2 BeurkG	282
2. Verfahrenswechsel im laufenden Beurkundungsverfahren	282
3. Keine gemischte Online-Beglaubigung	283
VII. Bewertung und Ausblick	283
H. Funktionsäquivalenz von Online-Gründung und Präsenz-Gründung	285
I. Klarstellungs- und Gewährsfunktion	286
II. Beweis- und Publizitätsfunktion	287
III. Feststellung der Identität, Geschäftsfähigkeit und Willensfreiheit	287
IV. Schutz- und Warnfunktion	288
V. Belehrungs- und Beratungsfunktion	289
VI. Fiskalische Funktion	291
VII. Zusammenfassung	291
VIII. Exkurs: Gleichwertigkeit jenseits der konsensualen Gesellschaftsgründung	291
I. Abschließende Bewertung	293
§ 8 Online-Gründung mit Musterprotokollen	294
A. Vereinfachtes Verfahren nach § 2 Abs. 1a GmbHG	294
B. Musterprotokoll für die Online-Gründung nach § 2 Abs. 3 GmbHG	295
C. Kostenprivilegierung	296
D. Bewertung	297
§ 9 Registerverfahren	300
A. Gesellschafterliste	300
B. Handelsregisteranmeldung	301
I. Online-Beglaubigung der qualifizierten elektronischen Signatur	301
II. Elektronische Einreichung der Unterlagen zum Handelsregister	302
III. Bewertung	302
C. Kapitalaufbringung	303
§ 10 Dauer und Kosten	304
A. Eintragsfrist und Gründungsdauer	304
B. Gründungskosten	305
I. Kostenrechtliche Gleichstellung mit dem analogen Pendant	305
II. Zusätzliche Auslagenpauschale	306
III. Elektronische Notarkostenrechnung	306
C. Bewertung	307
§ 11 Zusammenfassung und abschließende Bewertung	308

Kapitel 4

Die Online-Gründung von Kapitalgesellschaften <i>de lege ferenda</i>	313
§ 12 Die Erweiterung des persönlichen Anwendungsbereichs	313
A. EU- und EWR-Staatsangehörige	314
I. Problemaufriss	314
II. Die europäische Brieftasche für die Digitale Identität als Lösungsmodell	314
III. Bewertung und Ausblick	316
B. Drittstaatsangehörige	316
I. eID-Karte für Drittstaatsangehörige	317
II. Anerkennung elektronischer Identifizierungsmittel aus Drittstaaten	317
III. Ergebnis	319
§ 13 Die Erweiterung des sachlichen Anwendungsbereichs	319
A. Vorüberlegungen	319
B. Sachgründung	320
I. Einbringung von GmbH-Geschäftsanteilen	321
II. Einbringung von Grundstücken	324
III. Ergebnis	325
IV. Ausblick: Rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten	325
1. Aufhebung des Formvorbehalts in § 2 Abs. 3 Satz 1 Hs. 1 GmbHG	325
2. Ausnahmeregelung in § 2 Abs. 3 Satz 1 GmbHG	326
3. Öffnungsklausel in § 15 Abs. 3, Abs. 4 Satz 1 GmbHG und § 311b Abs. 1 BGB	326
C. Beurkundungspflichtige Gesellschaftervereinbarungen	326
I. Regelungsbedarf	326
II. Vereinbarkeit des Online-Verfahrens mit den Formzwecken	327
III. Rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten	328
1. Öffnung des § 2 Abs. 3 Satz 3 GmbHG	328
2. Ergänzung von § 15 Abs. 4 Satz 1 GmbHG und § 311b Abs. 1 BGB	328
D. Weitere Kapitalgesellschaften	328
I. AG	329
1. Rechtliche und praktische Hürden	329
a) Meinungsstand in der Literatur	329
aa) Argumente gegen eine Öffnung der Online-Gründung für die AG	330
bb) Argumente für eine Öffnung der Online-Gründung für die AG	330
b) Stellungnahme	331
c) Zwischenergebnis	332
2. Rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten	332
a) Ansatz von Sonntag	333
b) Stellungnahme	335

II.	KGaA	339
1.	Rechtliche und praktische Hürden	339
a)	Meinungsstand in der Literatur	339
aa)	Argumente gegen eine Öffnung der Online-Gründung für die KGaA	340
bb)	Argumente für eine Öffnung der Online-Gründung für die KGaA	340
b)	Stellungnahme	340
c)	Zwischenergebnis	341
2.	Rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten	341
III.	SE	343
1.	Regelungsbedarf	344
2.	Rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten	345
E.	Online-Gründung durch innerstaatliche Umwandlungsmaßnahmen	346
I.	Regelungsbedarf und Eignung für das Online-Verfahren	347
1.	Meinungsstand in der Literatur	347
2.	Stellungnahme	348
a)	Vereinbarkeit des Online-Verfahrens mit den Formzwecken	348
b)	Beschränkung auf einstimmig beschlossene und konzerninterne Umwandlungen	351
c)	Komplexität von Umwandlungsvorgängen ist kein Hindernis	351
d)	Gesamtbetrachtung des EU- <i>Company Law Package</i>	352
3.	Zwischenergebnis	352
II.	Rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten	352
1.	Vorüberlegungen	353
2.	Vorbereitungsmaßnahmen	353
3.	Abschluss des Umwandlungsvertrages	353
4.	Erstattung des Umwandlungsberichts und Umwandlungsprüfung	354
5.	Umwandlungsbeschluss	354
6.	Registeranmeldung und -eintragung	355
7.	Besonderheiten bei der Verschmelzung und Spaltung je zur Neugründung	355
§ 14	Ausbau des Gründungsprozesses zu einem „One-Stop-Shop“	356
A.	Anzeige-, Mitteilungs- und Antragspflichten für die Aufnahme des Geschäftsbetriebs der neu gegründeten GmbH	356
I.	Steuerliche Anzeige- und Antragspflichten	356
II.	Gewerbeanzeige	357
III.	Erlaubnis für Bankgeschäfte und Finanzdienstleistungen	357
IV.	Antrag auf Erteilung einer Betriebsnummer bei der Bundesagentur für Arbeit	357
V.	Mitteilung an die Berufsgenossenschaft	357

B. Umsetzung einer „One-Stop-Shop“-Lösung	358
I. Vorüberlegungen	358
II. Konkrete Umsetzungsmöglichkeiten	359
1. Anbindung an den Portalverbund des Bundes und der Länder nach dem OZG	359
2. Umsetzung des National <i>Once-Only-Technical-System</i> (NOOTS)	360
3. Verknüpfung mit sonstigen öffentlichen Stellen	361
4. Anbindung der Banken	362
5. Integration von <i>Legal Tech-Tools</i>	363
III. Ergebnis	363
§ 15 Das Blockchain-basierte Gültigkeitsregister für notarielle Vollmachten	364
A. Konzeption und Funktionsweise	365
I. Einsatz der Blockchain-Technologie	365
II. Handlungsablauf	366
III. Registerinhalt und Dokumenten-ID	366
IV. Rechtswirkung der Registereintragung und späterer Gültigkeitsänderungen	367
V. Zugriffsberechtigung	368
B. Bewertung	368
C. Ausblick: Rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten	370
I. Organisationsverfassung	371
1. Registereinrichtung und -führung durch die Bundesnotarkammer	371
2. Verfahrenstechnische Umsetzung	372
II. Verhältnis zur herkömmlichen Ausfertigung und Urschrift	372
III. Gültigkeitsregister als Rechtsscheinträger	373
§ 16 Technische Weiterentwicklung des Online-Verfahrens	374
A. Identifizierungsverfahren	374
I. Erweiterung der elektronischen Identitätsnachweise um eine Lichtbild- Funktion	375
II. Verschlankung des zweistufigen Auslesevorgangs	375
III. Identifizierung ohne Ausweiskarte mittels Smart-eID	375
IV. Einbindung von KI als zusätzliches Kontrollinstrument	376
B. Anerkennung von Existenz- und Vertretungsnachweisen	377
I. Anerkennung ausländischer e-Apostillen	377
1. Das Elektronische Apostille-Programm („E-APP“)	378
2. Vor- und Nachteile des E-APP	379
3. Implementierung einer deutschen e-Apostille?	379
4. Pflicht zur Anerkennung ausländischer e-Apostillen?	380
II. DigiRL II	383
1. Überblick	383

2. Wesentliche Neuregelungen	383
a) Erweiterung der harmonisierten Registerinhalte	383
b) Verknüpfung der bereits bestehenden Registersysteme	384
c) Obligatorische öffentliche Präventivkontrolle	384
d) Stärkung des <i>Once-Only</i> -Prinzips bei der Datenerfassung	384
e) Implementierung einer EU-Gesellschaftsbescheinigung	385
f) Implementierung einer digitalen EU-Vollmacht	385
g) Ausnahmen von Legalisations- und Übersetzungserfordernissen	386
h) Keine Ausweitung gesellschaftsrechtlicher Online-Verfahren	386
3. Bewertung und Ausblick	386
§ 17 Zusammenfassung und Ausblick	387

Kapitel 5

Schlussbetrachtung	390
§ 18 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse in Thesen	390
Literaturverzeichnis	403
Sachwortverzeichnis	424

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
a. E.	am Ende
abl.	ablehnend
ABl.	Amtsblatt (EU/EG)
Abs.	Absatz
abw.	abweichend
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft/Amtsgericht
AktG	Aktiengesetz
allg.	allgemein
Alt.	Alternative
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
Art.	Artikel
AufenthG	Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz)
ausf.	ausführlich
Az.	Aktenzeichen
BayStMJ	Bayerisches Staatsministerium der Justiz
BB	Der Betriebs-Berater
Bd.	Band
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.
Bearb.	Bearbeiter
BeckOGK	Beck'scher Online-Großkommentar
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
Begr.	Begründung/Begründer
Beschl.	Beschluss
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen (Amtliche Sammlung)
Bitkom	Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und Neue Medien e. V.
Bl.	Blatt
BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

BNotK	Bundesnotarkammer
BNotO	Bundesnotarordnung
BORIS	<i>Beneficial Ownership Registers Interconnection System</i> (deutsch: System zur Verknüpfung von Registern der wirtschaftlichen Eigentümer)
BR	Bundesrat
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BR-Drs.	Bundesrats-Drucksache
BRIS	<i>Business Registers Interconnection System</i> (deutsch: System zur Verknüpfung von Unternehmensregistern)
BT	Bundestag
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BUJ	Bundesverband der Unternehmensjuristen e. V.
BWNotZ	Zeitschrift für das Notariat in Baden-Württemberg
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
COVID-19	<i>Corona virus disease-2019</i> (eine durch das Coronavirus SARS-CoV-2 ausgelöste Erkrankung der Atemwege)
d. h.	das heißt
DAI	Deutsches Aktieninstitut
DAV	Deutscher Anwaltverein
DAX	Deutscher Aktienindex
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
dies.	dieselbe/n
DigiRL	Digitalisierungsrichtlinie, RL (EU) 2019/1151 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.06.2019 zur Änderung der RL (EU) 2017/1132 im Hinblick auf den Einsatz digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht, ABl. L 186/80 vom 11.07.2019
DigiRL II	Digitalisierungsrichtlinie II, RL (EU) 2025/25 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19.12.2024 zur Änderung der RL 2009/102/EG und (EU) 2017/1132 zur Ausweitung und Optimierung des Einsatzes digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht, ABl. L vom 10.01.2025
DiREG	Gesetz zur Ergänzung der Regelungen zur Umsetzung der Digitalisierungsrichtlinie und zur Änderung weiterer Vorschriften
DiRUG	Gesetz zur Umsetzung der Digitalisierungsrichtlinie
Diss.	Dissertation
DK	Der Konzern, Zeitschrift für Gesellschaftsrecht, Steuerrecht, Bilanzrecht und Rechnungslegung der verbundenen Unternehmen
DNotI	Deutsches Notarinstitut
DNotV	Deutscher Notarverein
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DONot	Dienstordnung für Notarinnen und Notare (Notardienstordnung)
DSM	<i>Digital Single Market</i>
DStrR	Deutsches Steuerrecht
e. V.	eingetragener Verein
e-Apostille	elektronische Apostille
E-APP	Elektronische Apostille-Programm

EGAktG	Einführungsgesetz zum Aktiengesetz
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGGmbHG	Einführungsgesetz zum Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
eID	elektronischer Identitätsnachweis/elektronische Identität
eIDAS-VO	Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.07.2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG, ABl. L 257/73 vom 28.08.2014
eIDKG	Gesetz über eine Karte für Unionsbürger und Angehörige des Europäischen Wirtschaftsraums mit Funktion zum elektronischen Identitätsnachweis (eID-Karte-Gesetz)
Einl.	Einleitung
ErwG	Erwägungsgrund
ESTDV	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung
etc.	<i>et cetera</i>
EU	Europäische Union
EUCC	<i>EU Company Certificate</i> (deutsch: EU-Gesellschaftsbescheinigung)
EUDI	<i>European Digital Identity</i> (deutsch: europäische digitale Identität)
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUID	<i>European Unique Identifier</i> (deutsch: europäische einheitliche Kennung für Unternehmen und Zweigniederlassungen)
EU-Kommission	Europäische Kommission
EUV	Vertrag über die Europäische Union in der Fassung des Vertrags von Lissabon
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f.	folgende (Singular)
FamFG	Familienverfahrensgesetz
FDP	Freie Demokratische Partei
ff.	folgende (Plural)
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift für
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
gem.	gemäß
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Genossenschaftsgesetz)
GesR	Gesellschaftsrecht
GesRRL	„Gesellschaftsrechtsrichtlinie“, RL (EU) 2017/1132 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14.06.2017 über bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts, ABl. L 169/46 vom 30.06.2017 in der durch die DigiRL geänderten Fassung
GesRuaCOVBekG	Gesetz über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie
GesRZ	Zeitschrift für Gesellschafts- und Unternehmensrecht
GewO	Gewerbeordnung

GewStG	Gewerbesteuergesetz
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GmbH-StB	GmbH-Steuerberater
GNotKG	Gesetz über Kosten der freiwilligen Gerichtsbarkeit für Gerichte und Notare (Gerichts- und Notarkostengesetz)
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GroßkommAktG	Großkommentar zum Aktiengesetz
GV HRegGebV	Gebührenverzeichnis zur Handelsregistergebührenverordnung
GwG	Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz)
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
h. L.	herrschende Lehre
h. M.	herrschende(r) Meinung
HCCH-Handbuch	Handbuch über die praktische Durchführung des Apostille-Übereinkommens
HdB	Handbuch
HGB	Handelsgesetzbuch
HRegGebV	Verordnung über Gebühren in Handels-, Partnerschafts- und Genossenschaftsregistersachen (Handelsregistergebührenverordnung)
Hrsg.	Herausgeber
hrsg. v.	herausgegeben von
HRV	Verordnung über die Einrichtung und Führung des Handelsregisters (Handelsregisterverordnung)
Hs.	Halbsatz
i. d. F.	in der Fassung
i. E.	im Ergebnis
i. S. d.	im Sinne des/der
i. S. v.	im Sinne von
i. Ü.	im Übrigen
i. V. m.	in Verbindung mit
IHK	Industrie- und Handelskammer
insb.	insbesondere
IPRax	Zeitschrift zur Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IRI	<i>Insolvency Registers Interconnection System</i> (deutsch: System zur Verknüpfung von Insolvenzregistern)
JVKostG	Gesetz über Kosten in Angelegenheiten der Justizverwaltung (Justizverwaltungskostengesetz)
Kap.	Kapitel
KG	Kommanditgesellschaft/Kammergericht
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KI	Künstliche Intelligenz
KMU	kleine und mittlere Unternehmen

krit.	kritisch
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KV GNotKG	Kostenverzeichnis Gerichts- und Notarkostengesetz
KWG	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz)
lit.	litéra (Buchstabe)
LTZ	Legal Tech – Zeitschrift für die digitale Anwendung
m. Anm.	mit Anmerkung
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
mbH	mit beschränkter Haftung
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MHdB	Münchener Handbuch
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins
MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen
MoPeG	Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (Personengesellschaftsrechtsmodernisierungsgesetz)
MüKoAktG	Münchener Kommentar zum Aktiengesetz
MüKoBGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MüKoGmbHG	Münchener Kommentar zum Gesetz betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung
MüKoHGB	Münchener Kommentar zum Handelsgesetzbuch
n. F.	neue Fassung
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
NOOTS	<i>National Once-Only-Technical-System</i>
NotAktVV	Verordnung über die Führung notarieller Akten und Verzeichnisse
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis
NotViKo-GebS	Gebührensatzung für das notarielle Videokommunikationssystem
NotViKoV	Verordnung über den Betrieb eines Videokommunikationssystems für notarielle Urkundstätigkeiten
Nr.	Nummer/n
NWB	NWB Steuer- und Wirtschaftsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OLG	Oberlandesgericht
OZG	Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz)
PartGG	Gesetz über Partnerschaftsgesellschaften Angehöriger Freier Berufe (Partnerschaftsgesellschaftsgesetz)
PassG	Passgesetz
PAuswG	Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis (Personalausweisgesetz)
PIN	Persönliche Identifikationsnummer
RDl	Recht Digital
RefE	Referentenentwurf
RegE	Regierungsentwurf
RG	Reichsgericht

RGZ	Reichsgericht in Zivilsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RLEmBNotK	Richtlinienempfehlungen der Bundesnotarkammer
Rn.	Randnummer/n
RNotZ	Rheinische Notarzeitschrift
Rpfleger	Der deutsche Rechtspfleger
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite, Satz
SDG-VO	Verordnung (EU) 2018/1724 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 02.10.2018 über die Einrichtung eines einheitlichen digitalen Zugangstors zu Informationen, Verfahren, Hilfs- und Problemlösungsdiensten und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012, ABl. L 295/1 vom 21.11.2018
SE	<i>Societas Europaea</i>
SEAG	SE-Ausführungsgesetz
SEBG	SE-Beteiligungsgesetz
SES	<i>Societas Europaea Simplificata</i>
SE-VO	Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 08.10.2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE), ABl. L 294/1 vom 10.11.2001
SGB IV	Viertes Buch Sozialgesetzbuch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung
SGB VII	Siebttes Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung
SMC	<i>Single Member Company</i>
SMS	<i>Short Message Service</i>
sog.	sogenannte(r/s/n)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPE	<i>Societas Privata Europaea</i>
SPE-Vorschlag	Vorschlag für eine Verordnung des Rates über das Statut der Europäischen Privatgesellschaft, COM (2008) 396 final vom 25.06.2008
SpruchG	Gesetz über das gesellschaftsrechtliche Spruchverfahren (Spruchverfahrensgesetz)
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StPO	Strafprozessordnung
str.	streitig
SUP	<i>Societas Unius Personae</i>
SUP-Vorschlag	Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem einzigen Gesellschafter, COM (2014) 212 final vom 09.04.2014
u. a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
UG	Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)
UmRUG	Gesetz zur Umsetzung der Umwandlungsrichtlinie und zur Änderung weiterer Gesetze
UmwG	Umwandlungsgesetz

UmwRL	Umwandlungsrichtlinie, RL (EU) 2019/2121 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. 11. 2019 zur Änderung der RL (EU) 2017/1132 in Bezug auf grenzüberschreitende Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen, ABl. L 321/1 vom 12. 12. 2019
Urt.	Urteil
USt.	Umsatzsteuer
UStG	Umsatzsteuergesetz
v.	von/vom
Verf.	Verfasserin
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vorb.	Vorbemerkung
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
XML	<i>Extensible Markup Language</i>
z. B.	zum Beispiel
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZNotP	Zeitschrift für die Notarpraxis
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
zugl.	zugleich
zzgl.	zuzüglich

Einleitung

*Einfach, schnell und digital*¹

Das exponentielle Wachstum der Informations- und Kommunikationstechnologien wirkt sich auf alle Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens aus. Die gesamtheitliche digitale Transformation ist eines der Kernanliegen unserer Zeit. Die fortschreitende Digitalisierung stellt den europäischen Binnenmarkt und die nationalen Rechtsordnungen vor fundamentale neue Herausforderungen. Auch das an sich eher konservative² Gesellschaftsrecht kann sich dem Vormarsch der Digitalisierung nicht entziehen und sieht sich mit zunehmender Vehemenz einem Anpassungsbedarf an das digitale Zeitalter ausgesetzt.³ Nicht zuletzt die COVID-19-Pandemie hat das allgemeine Bewusstsein dafür geschärft, dass sich die Umstellung von analog auf digital nicht nur zukunftsgerichtet, sondern schon allgegenwärtig als wichtiges Instrument in der Gesellschaftspraxis erweist.⁴ Viele europäische Rechtsordnungen – auch die deutsche – hinkten jedoch lange Zeit den Bedürfnissen der Wirtschaftsakteure nach einer schnellen, flexiblen und ortsunabhängigen Unternehmensgründung hinterher. In Zeiten fortschreitender Globalisierung und neuer digitaler Technologien, wie Künstlicher Intelligenz (KI)⁵, *Big Data*, Blockchain⁶, *Legal Tech* oder *Smart Contracts*⁷, erscheint gerade das herkömmliche

¹ Unter diesem Slogan stellt die BNotK die neuen notariellen Online-Verfahren vor, online abrufbar unter <https://online.notar.de/> (zuletzt aufgerufen am 22. 07. 2025).

² So wurde in Deutschland etwa das GmbH-Gesetz seit 1892 kaum geändert, vgl. zur Entwicklungsgeschichte und zu Gesetzesreformen z. B. *Fleischer/Weller*, in: *MüKoGmbHG*, Einl. Rn. 51 ff.; *Servatius*, in: *NSH, GmbHG*, Einl. Rn. 22 ff.

³ Siehe hierzu nur die Beiträge von *Räther*, *Noack*, *Uwer*, *Armour*, *Eidenmüller*, *Kuntz*, *Möslein*, *Omlor* und *Veil*, gehalten auf dem ZHR-Symposium zum Generalthema „Herausforderungen des Unternehmensrechts durch die Digitalisierung“ im Januar 2019 in Glashütten, *ZHR* 183 (2019), 93 (93 ff.); siehe auch die Überblicksbeiträge zum Einfluss der Digitalisierung auf das Gesellschaftsrecht von *Denga*, *RD* 2024, 123 Rn. 1 ff.; *Sattler*, *BB* 2018, 2243 (2243 ff.); *Spindler*, *ZGR* 2018, 17 (17 ff.); *Teichmann*, *ZfPW* 2019, 247 (247 ff.); vgl. auch zu den gesellschaftsrechtlichen Chancen und Herausforderungen des Einsatzes softwarebasierter Tools *Thiel/Nazari-Khanachayi*, *RD* 2021, 134 Rn. 1 ff.

⁴ Instruktiv zur GmbH etwa *Reichert/Bochmann*, *GmbHR* 2020, R132 (R132 f.); *Rodewald/Abraham*, *GmbHR* 2020, 733 (733 ff.).

⁵ Instruktiv zu KI und Gesellschaftsrecht *Anzinger/Zickgraf*, *ZHR* 189 (2025), 124 (124 ff.).

⁶ Siehe eingehend zum Einsatz der Blockchain-Technologie im Kapitalgesellschaftsrecht *Maume*, *NZG* 2021, 1189 (1189 ff.) (speziell zur Anwendung im GmbH-Recht); *Möslein/Omlor/Urbach*, *ZIP* 2020, 2149 (2149 ff.) (zu den Grundfragen eines Blockchain-Kapitalgesellschaftsrechts).

Präsenzgründungsverfahren, also die Beurkundung von Gesellschaftsverträgen nur bei persönlicher Anwesenheit der Gründungsgesellschafter oder ihrer Vertreter vor der Notarin oder dem Notar⁸, nicht mehr zeitgemäß.

Dies hat auch der EU-Gesetzgeber erkannt und mit der Digitalisierungsrichtlinie (DigiRL)⁹ als Teil des sog. *Company Law Package*¹⁰ erstmals einen europäischen Regelungsrahmen geschaffen, um Gründungsprozesse zu beschleunigen, zu entbürokratisieren und an die Anforderungen der digitalen Wirtschaft anzupassen. Die Gesetzesinitiative aus Brüssel ist bereits am 31. Juli 2019 in Kraft getreten und reformiert die im Jahr 2017 konsolidierte Gesellschaftsrechtsrichtlinie (GesRRL)¹¹.

Mit dem Gesetz zur Umsetzung der DigiRL vom 5. Juli 2021 (DiRUG)¹², das noch vor seinem Inkrafttreten am 1. August 2022 durch das Gesetz zur Ergänzung der Regelungen zur Umsetzung der Digitalisierungsrichtlinie und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 15. Juli 2022 (DiREG)¹³ wiederum in erheblicher Weise geändert wurde, hat die Digitalisierung der Gesellschaftsgründung auch im deutschen Gesellschaftsrecht endgültig Einzug gehalten. Traditionelle bürokratische Hürden, namentlich das Erfordernis der körperlichen Anwesenheit der Beteiligten zum Zwecke der notariellen Beurkundung und Beglaubigung, wurden durch innovative Online-Plattformen und elektronische Dienste überwunden. So können seit dem 1. August 2022 Bargründungen von GmbHs einschließlich ihrer Rechtsformvariante der UG (haftungsbeschränkt)¹⁴, Gründungsvollmachten sowie Anmeldungen zum Handelsregister vollständig online über das Videokommunikationssystem der Bundesnotarkammer erfolgen. Damit ist Deutschland, soweit ersichtlich, der

⁷ Instrukтив zu *Smart Contracts* im Zivil- und Handelsrecht *Möslein*, ZHR 183 (2019), 254 (254 ff.).

⁸ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen das generische Maskulinum gewählt. Damit sind gleichermaßen die weibliche Form sowie diejenige des dritten Geschlechts gemeint.

⁹ Richtlinie (EU) 2019/1151 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 20.06.2019 zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 im Hinblick auf den Einsatz digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht, ABl. L 186/80 v. 11.07.2019.

¹⁰ Das gesamte Paket ist online abrufbar unter https://commission.europa.eu/publications/company-law-package_en (zuletzt aufgerufen am 22.07.2025); entsprechend dem Leitgedanken der Digitalisierung veröffentlichte die EU-Kommission dazu auch ein YouTube-Video, online abrufbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=KcGr2qQWgeo> (zuletzt aufgerufen am 22.07.2025).

¹¹ Richtlinie (EU) 2017/1132 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 14.06.2017 über bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts, ABl. L 169/46 v. 30.06.2017.

¹² Gesetz zur Umsetzung der Digitalisierungsrichtlinie (DiRUG) v. 05.07.2021, BGBl. I 2021, 3338.

¹³ Gesetz zur Ergänzung der Regelungen zur Umsetzung der Digitalisierungsrichtlinie und zur Änderung weiterer Vorschriften (DiREG) v. 15.07.2022, BGBl. I 2022, 1146.

¹⁴ Sofern nicht anders gekennzeichnet, beziehen sich die nachfolgenden Ausführungen zur GmbH auch auf die UG (haftungsbeschränkt) als deren Rechtsformvariante.

erste EU-Mitgliedstaat, der die sog. Online-Gründung¹⁵ mit notarieller Beratungskomponente anbietet.¹⁶ Mit Wirkung zum 1. August 2023 hat das DiREG den Anwendungsbereich notarieller Online-Verfahren insbesondere auf GmbH-Sachgründungen sowie einstimmig gefasste satzungsändernde Beschlüsse einschließlich Kapitalmaßnahmen ausgeweitet.

Doch geht das weit genug, um die Bundesrepublik Deutschland als attraktiven Innovations- und Wirtschaftsstandort im globalen Kontext mittel- und langfristig wettbewerbsfähig zu halten? In der Kritik steht insbesondere der weiterhin streng begrenzte sachliche Anwendungsbereich auf die Rechtsform der GmbH sowie auf Beurkundungsgegenstände, die nicht ihrerseits eine notarielle Präsenzbeurkundung erfordern.¹⁷ Darüber hinaus wird im Zusammenhang mit der Gründung durch (ausländische) juristische Personen und der Vollmachtsgründung das bislang ungelöste Problem der elektronischen Einreichung von Existenz- und Vertretungsnachweisen kontrovers diskutiert.¹⁸ Kritiker sehen eine praktische Einschränkung der Online-Gründung vor allem darin, dass die entsprechenden Nachweisdokumente dem Notar weiterhin in Urschrift oder Ausfertigung sowie als legalisierte oder mit Apostille versehene Dokumente in Papierform vorzulegen sind. Denn nach derzeitigem Stand gibt es in der EU weder ein grenzüberschreitend zugängliches und einheitliches Handelsregister noch können Urschrift und Ausfertigung der Vollmachtsurkunde oder die Legalisierung bzw. Apostille in elektronischer Form abgebildet werden.

A. Gegenstand der Untersuchung

Diese Kontroversen geben Anlass zu einer umfassenden Untersuchung des Rechts der Online-Gründung von Kapitalgesellschaften. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, anhand einer detaillierten Analyse und kritischen Würdigung der aktuellen Rechtslage nach dem DiRUG und DiREG Anregungen und konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung des Online-Gründungsverfahrens zu unterbreiten und damit einen Beitrag zur weiteren Konturierung der Digitalisierung im Gründungsrecht der Kapitalgesellschaften zu leisten.

Im Fokus dieser Arbeit steht zunächst die eingehende Untersuchung der rechtlichen Rahmenbedingungen der Online-Gründung, ihrer praktischen Herausforderungen und Defizite. Denn wie stets bei neuen Gesetzen erweisen sich derzeit noch zahlreiche praxisrelevante Fragen als klärungsbedürftig, nicht zuletzt aufgrund des Ineinandergreifens von DiRUG und DiREG sowie der schnellen Gesetzesänderungen. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Frage gelegt, ob die neue digi-

¹⁵ Zur Begrifflichkeit noch eingehend in § 1.

¹⁶ *Teichmann*, GmbH 2021, 1237 (1247); *Hoch*, NWB 2021, 3810 (3811).

¹⁷ Hierzu noch ausf. unter § 6 B. VI.

¹⁸ Dazu noch eingehend unter § 7 E.